

Benjamin Legrand

Ein notwendiger konzeptioneller Mix: Der Nutzen sozialwissenschaftlicher Ansätze und Konzepte für die historische Forschung über soziale Bewegungen

Bericht über die Tagung: Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in den Geschichtswissenschaften, 2.–4. April 2009, Bochum

Keine feste Organisation, aber mehr als ein reines Protestereignis. Nicht nur Ausdruck gesellschaftlichen Wandels, sondern gleichzeitig auch dessen Motor: Versuche einheitlicher Definitionsversuche von sozialen Bewegungen stoßen immer wieder an historiografische Grenzen, keine gefundene sozialwissenschaftliche Definition, die nicht von einem historischen Exempel zumindest in Frage gestellt würde. So schwer soziale Bewegungen zu definieren sind, so schwer ist es auch, ihre Erforschung einheitlich zu operationalisieren. In den letzten Jahrzehnten hat die Bewegungsforschung den Blick immer mehr geweitet, um die Diskrepanz zwischen Ereignis und der Berichterstattung darüber zu verringern. Hier näherte sich die Bewegungsforschung an die Geschichtswissenschaft mit ihrem inhärenten Quellenproblem an.¹

Ein Spannungsfeld zwischen theoretischem Zugang und empirischer Überprüfung, in dem sich auch die von der Fritz Thyssen Stiftung unterstützte Tagung „Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in den Geschichtswissenschaften“ bewegte. Vom 2. bis zum 4. April 2009 versuchte sie im Institut für soziale Bewegungen den Brückenschlag zwischen den Disziplinen. Ziel war es, die historische Forschung auf ein stärker theoretisches Fundament zu stellen, um im Umkehrschluss die historiografischen Erkenntnisse auch für die sozialwissenschaftliche Forschung anschlussfähig zu machen.

Zwischen den teilhabenden Disziplinen waren in den letzten Jahren gegenseitige Berührungspunkte bemerkbar gewesen, obwohl zahlreiche Publikationen für eine einsetzende Institutionalisierung, ja sogar für einen Boom der Erforschung sozialer, politischer und religiöser Bewegungen sprachen. Auf der einen Seite steht jedoch eine sozialwissenschaftlich ausgerichtete, theorielastige, unhistorische Bewegungsforschung. Auf der anderen Seite ein geschichtswissenschaftlicher Zweig, der weniger auf Theorien basiert als von gegebenen Quellen abhängig ist.

Die Notwendigkeit dieses Brückenschlags betonte *Helke Stadtland* (Bochum), die zusammen mit *Jürgen Mittag* (Bochum) die Konferenz organisiert hatte, in ihrer Einführung. Gerade der heute erlebbare Wandel der Definition von politischem Engagement mache

1 Beispielhaft Dieter Rucht/Simone Teune (Hg.): Nur Clowns und Chaoten? Die G8-Proteste in Heiligendamm im Spiegel der Massenmedien, Frankfurt am Main 2008.

deutlich, wie sich Aktionsformen veränderten. Ein Bewusstsein für diesen Wandel habe Einfluss sowohl auf Bewegungen als auch auf deren Erforschung. Stadtland führte in die diskutierenden Theoreme ein und mahnte eine kritische Betrachtung der Historisierung der Bewegungen angesichts der Wechselwirkungen von wissenschaftlichen Konzepten und den Selbstbildern der Bewegungen an. Einfluss auf diese Interdependenz hätten auch Definitionen. Stadtland verwies auf die Bewegungsdefinitionen von Joachim Raschke und Dieter Rucht: Bewegungen sicherten ihre Existenz demnach nicht über Institutionen, sondern über Mobilisierung, sie seien kollektiv und aktiv, dauerten wenigstens einige Jahre, wiesen eine kollektive Identität auf und zielten auf die gesamte Gesellschaft.²

Drei von Stadtland angestoßene Grundfragen zogen sich dann durch die anschließenden Diskussionen: Welchen Nutzen können Historiker aus sozialwissenschaftlichen Ansätzen ziehen? Welche Definition von Bewegung trägt sowohl über zeitliche als auch räumliche Grenzen, ohne dabei an praktisch-nutzbarer Schärfe zu verlieren? Welchen Einfluss hat die Historisierung der Bewegungsforschung auf die Forschung selber? Abschließende Antworten – das vorweg – konnten nicht gefunden werden. Vielmehr wurde die Vielfalt des Theorien-Sets der Sozialwissenschaften an Einzelbeispielen erprobt und diskutiert. Damit erfüllte die Tagung ihr Ziel, die Grundlage für einen weiteren Diskurs zu schaffen.

Stärken und Schwächen der Geschichtswissenschaft seien das Spiegelbild der Stärken und Schwächen der Soziologie, erläuterte *Dieter Rucht* (Berlin) in seiner Bestandsaufnahme der Bewegungsforschung zu Tagungsbeginn. Sozialwissenschaftler neigten zum theoretisieren ohne empirische Kontrolle, Historiker hätten sich Bewegungen nur zugewendet, wenn diese historisch wirkungsmächtig geworden seien. Auffallend sei in der historischen Literatur, dass der Begriff soziale Bewegungen alltagsprachlich und nicht theoretisch fundiert verwendet werde. Defizite der Bewegungsforschung seien eine Konzentration auf Fallanalysen sowie das Ausbleiben von Wirkungsanalysen und Weiterentwicklungen der Theorien. Komplexe Selbstdeutungen und Binnenkommunikation würden in der Bewegungsforschung oft übersehen. Verzerrt werde die Wahrnehmung zudem durch die kommunizierte Selbstsicht der sozialen Bewegungen, die das Publikum suchten, um Zugang zu Entscheidungsträgern zu erhalten. In einer Auswertung von Zeitungen stellte Rucht ein Abnehmen von Berichten über soziale Bewegungen seit den 1990er Jahren fest. Die meistbehandelten Themen der Bewegungsforschung seit 1970 seien Protest, Arbeiter und Gewalt.

2 Dieter Rucht (Hg.): *Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen*, Frankfurt, New York 2001; Dieter Rucht/Roland Roth (Hg.): *Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt am Main/New York 2008.

Der Einfluss äußerer Rahmenbedingungen

Schon in der ersten Sektion, die sich mit dem Einfluss äußerer Rahmenbedingungen auf soziale Bewegungen auseinandersetzte, wurde deutlich, dass einzelne Ansätze ergänzt werden müssten. Beide hier diskutierten Analysekonzepte Structural Strains und Politische Gelegenheitsstrukturen seien trotz plausibler Erklärungen erweiterungsbedürftig, so die Referenten.

Die Verwendung des Begriffs „soziale Bewegung“ für das 19. Jahrhundert vor 1871 in Deutschland hinterfragte *Christian Jansen* (Berlin). Angesichts staatlicher Repression und territorialer Zersplittertheit sowie einer kleinen Öffentlichkeit, sprächen viele Argumente dafür, den Begriff soziale Bewegung nicht auf das 18. und 19. Jahrhundert zu übertragen. Eine Ausnahme davon fand Jansen in der liberal-bürgerlichen-nationalistischen Bewegung, die aufgrund spezifischer Formen der Institutionalisierung sowie Unterstützung von einzelnen Herrschenden dauerhaft Wirkung erzielen konnte. Auch religiöse Bewegungen und Unterschichtenproteste würden sozialwissenschaftliche Kriterien erfüllen, und eine weitere Untersuchung als Bewegung lohnen.

Bei ihrem Vergleich der Umweltbewegungen in Ost- und Westberlin befand *Astrid Kirchhoff* (Berlin), dass die ostdeutschen Gruppen nach den Kriterien Mobilisierungskraft und Reichweite nicht als neue soziale Bewegung zu bewerten seien. Die Verknüpfung des Structural Strains-Ansatzes mit dem Ansatz der Politischen Gelegenheitsstrukturen ergab dennoch, dass West- und Ostberliner Gruppen sehr ähnliche Themen und Sozialstrukturen gehabt hätten. Gerade mit dem Ansatz politischer Gelegenheitsstrukturen sei es möglich, Vergleiche offener und geschlossener Gesellschaften anzustellen und damit zu erklären, warum sich Strömungen zu bestimmten Zeitpunkten zu Bewegungen entwickelten.

Grenzen der Erklärungskraft dieses Ansatzes entdeckte *Till Kössler* (München) bei seiner Analyse des spanischen Faschismus. Soziale Mikrostrukturen könnten mit dem Konzept kaum eingefangen werden. So seien für die Ausbreitung des Faschismus im ländlichen Raum soziale Netzwerke wichtiger gewesen als der Antimarkxismus, der auf der Makroebene eine größere Rolle gespielt habe. Auch die an den neuen sozialen Bewegungen entwickelten normativen Grundannahmen des Konzeptes seien schwer zu übertragen. Dennoch, so Kössler, könnte die Erforschung der Ideologie- und Organisationsgeschichte des Falangismus durch den Einfluss der „politischen Umweltfaktoren“ sinnvoll erweitert werden.

Ansätze zur Selbstgenerierung von sozialen Bewegungen

In der zweiten Sektion wurden Ansätze zur diskursiven Selbstgenerierung von Bewegungen wie Systemtheorie oder Framing behandelt. Letzteres untersucht Faktoren, die dazu führen, dass ein Protestthema mobilisieren kann. Im Panel nahmen *Janosch Steuwer* (Bochum) und *Michael Werner* (Münster) dabei gegensätzliche Positionen ein. Steuwer hielt Framing, das kommunizierte Themen in den Mittelpunkt stellt, für besonders fruchtbar, weil es diffuse Weltansichten der Akteure sichtbar mache. Anhand des Brandanschlags auf ein Asylbewerberheim in Hünxe 1991 untersuchte er fremdenfeindliche Akteure. Erst die mediale Aufmerksamkeit für rechtsextreme Straftaten habe die Rahmenbedingung für den Anschlag geschaf-

fen. Im Sinne der Ansatz-Ausdifferenzierung des Motivational Framings habe erst die mediale Aufmerksamkeit eine Erfolgsaussicht des Protestes suggeriert, der zu weiteren Taten motiviert hätte. Werner dagegen hielt den Ansatz für unhandlich, wenn die zu untersuchende Bewegungslandschaft zu heterogen und zu dynamisch sei. Werner betrachtete die Friedensbewegung in der jungen Bundesrepublik und definierte fünf verschiedene Strömungen der „Ohne mich“-Bewegung auseinander, die jeweils in unterschiedlichen Zeitphasen jeweils andere Problemkonstellationen aufwiesen. Um diese Dynamik erfassen zu können, so Werner, hätte das Framing für jede Strömung in jeder Phase durchgeführt werden müssen.

Systemtheoretische Ansätze machte *Anja Kruke* (Bonn) für ihre Untersuchung der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhundert für die Geschichtswissenschaft fruchtbar. Protest, der als spezifische Kommunikation zu verstehen sei, siedelte sie in der Peripherie des politischen Systems an, von der sich soziale Bewegungen in die Mitte der Gesellschaft bewegen würden. Die Differenz zwischen Binnen- und Außenkommunikation werde, so Kruke, mit dem systemtheoretischen Ansatz deutlicher als beim Framing-Ansatz. Da der luhmannsche Ansatz jedoch auf ein demokratisches System verweise, reiche er bei einer Anwendung in nicht-demokratischen Systemen wie bei der Untersuchung sozialer Bewegungen in Osteuropa des Kalten Krieges nicht aus.

Kollektive Identität und soziale Struktur

Klassisch ist das Konzept der kollektiven Identität, das die Differenz zwischen den vorgegebenen soziale Strukturen und dem solidarischem Handeln zur Überwindung dieser Strukturen ausleuchtet. Nach welchen Aktionsmustern dieser Prozess stattfindet, untersuchte *Frank Wolff* (Köln) in der dritten Sektion anhand der jüdischen Bundisten. Diese Gruppierung, verstreut über den gesamten Erdball, differenzierte sich je nach Standort und Konfliktlage unterschiedlich aus: Waren die Bundisten in Polen eine Partei, betrieben sie in Argentinien Gewerkschaftsarbeit. Wie diese Differenzierung innerhalb des internationalen Netzwerkes wieder auf eine lokale Basis zurückwirkte, beschrieb Wolff anhand der Bundisten in New York zwischen 1917–1945.

Marcus Merkel (Berlin) beschäftigte sich mit den Ruhrfestspielen in Recklinghausen, die vom DGB seit 1946 veranstaltet werden. Merkel beleuchtete den Gründungsmythos – Theater gegen Kohle im Nachkriegswinter – und fragte, ob mit den Festspielen versucht werde, Identitätsangebote für Arbeiter zu vermitteln. Sein Ergebnis: Zwar zielten die Ruhrfestspiele auf ein gewerkschaftlich organisiertes, städtisches Publikum, nicht jedoch auf Arbeiter.

Anhand der bundesdeutschen so genannten Lehrlingsbewegung fragte *Knud Andresen* (Hamburg), inwieweit die Organisation der Lehrlinge 1968–1973 als Bewegung im Sinne der Forschung verstanden werden könne. Dass die Aktionen der Lehrlinge gute Chancen gehabt hätten, sich zu einer Bewegung zu entwickeln, konnte Andresen mit dem Konzept der „Politischen Gelegenheitsstrukturen“ erklären. Warum die Lehrlingsbewegung aber über eine Konstituierungsphase nicht hinaus kam, begründete Andresen anhand des Konzeptes der Kollektiven Identität, mit dem er die innere Dynamik und Mobilisierungschancen aufzuzei-

gen versucht. Die kurze Dauer der Lehrzeit habe angesichts konkurrierender Identitätsangebote die Etablierung einer gefestigten Identität verhindert.

Ressourcen und Ressourcenmobilisierung

Ihre Überschrift „Ressourcen und Ressourcenmobilisierung“ füllte die vierte Sektion mit der Ausdeutung medialer Ressourcen und deren Mobilisierung durch soziale Bewegungen. Dabei wurden die Inszenierung und die Wiedergabe in den Medien zum einen als reflexive Ressource verstanden, die eine Bewegung erst formte, zum anderen als Mobilisierungsressource, die nach außen sowohl in die Öffentlichkeit als auch zu anderen gleichgerichteten Bewegungen wirke. Medien spielten, so der Tenor, die Schlüsselrolle, um soziale Bewegungen anzuheizen, abzukühlen oder laufen zu lassen.

Anhand der Anti-Atom-Bewegung in den 1970er und 1980er Jahren beschrieb *Frank Bösch* (Gießen) Interdependenzen zwischen lokalen Gruppen, Medien und der Entwicklung einer sozialen Bewegung. Die Anti-AKW-Bewegung war dabei immer an Orte gebunden, an denen sich der Protest bündelte. Erst die Medien, so Bösch, erschufen aus den vielen lokalen Protesten ein gemeinsames Bewusstsein und stärkten wiederum die Vernetzung der lokalen Gruppen durch Berichte über Proteste. Eingebettet in das Oberthema hätten sich einzelne Gruppen lokal engagiert, aber erst durch die Berichterstattung hätten sie sich gegenseitig beobachten können. Bösch führt so, der Globalisierungsforschung folgend, die Ebene des Lokalen in die Debatte ein. Neben dem Einfluss auf die Konstituierung einer sozialen Bewegung haben Medien für Bösch aber auch eine große Bedeutung auf die Mobilisierungs- und damit Lebensfähigkeit von sozialen Bewegungen. Medienereignisse erschafften Gelegenheitsoptionen, die Bewegungen wiederum nutzen können. Kommunikationsfähigkeit würde so zu einer Ressource, schließlich verhielten sich Akteure und Zuschauer angesichts der Medien anders als ohne. Angesichts dieser Interdependenzen, stellte Bösch die These auf: Proteste gibt es viele, aber nur bestimmte werden dank der Aufmerksamkeit der Medien zu einer sozialen Bewegung.

Medien waren auch eine Ressource für Hausbesetzer, die *Baptiste Colin* (Paris/Bielefeld) in Paris und West-Berlin zwischen 1945 und 2008 untersuchte. Die Nutzung der Medien war dabei an die heterogene Hausbesetzerszene selbst gerichtet. Dass Colin diese Phänomene als Bewegung definierte, begründete er mit der gemeinsamen Anwendung der Protestform Hausbesetzung. Dieses zwischen friedlichem und gewaltbereitem Protest chargierende Mittel wäre die eigentliche Ressource dieser Bewegung gewesen.

Über Grundfragen von Organisation von sozialen Bewegungen sprach *Ilse Lenz* (Bochum), die drei Organisations-Idealtypen herausarbeitete, die sich vermischen würden: Machtorganisationen, denen es um Machtakkumulation gehe, Mobilisierungsorganisationen, die Massen mobilisieren könnten, sowie Wissens- und Kommunikationsorganisationen, die epistemische Netzwerke darstellten.

Institutionalisierung als Schlusspunkt

Welcher Grad an Institutionalisierung sozialen Bewegungen zugestanden wird, ohne dass sie den Charakter einer Bewegung verlieren, war Diskussionsthema der fünften Sektion. Allgemein wird als Ende einer Bewegung das Aufgehen in institutionelle Rahmen gedeutet, umstritten ist dagegen die Interpretation des Prozesses dorthin. *Alexander Schwitanski* (Bochum) forderte die Auseinandersetzung mit diesem Prozess, da dieser Rückwirkungen auf das Funktionieren von Bewegungen habe. Eine Analyse dieser Rückwirkung helfe somit zum Verständnis der Bewegungsgeschichte. Schwitanski beschrieb die Entwicklung der deutschen Menschenrechtsbewegung in der Zwischenkriegszeit. Er erkannte, dass Institutionalisierungsprozesse Bewegungen veränderten, indem durch die Wandlung neue Ressourcen und Zielsetzungen entstünden.

Auf der Suche nach dem Ende einer sozialen Bewegung leuchtete *Laura Polexe* (Basel) mit ihrem Beitrag zeitliche und räumliche Dimensionen von Netzwerken aus. Polexe hatte dazu die Kommunikation osteuropäischer Sozialdemokraten zwischen 1890 und 1917 untersucht. Deren Netzwerke seien durch den Raum geprägt worden, sei es als Exil, sei es als virtueller Raum in Briefen und Zeitungen. Gleichzeitig veränderten sich diese Netzwerke mit der Zeit durch die Veränderung der Kommunikation. Die kleine Gruppe, die sich persönlich kannte, wuchs zu einem globalen Netzwerk, das durch Ideologie zusammengehalten wurde.

Je familiärer die Bindung in einem Netzwerk war, so eine Erkenntnis Poles, desto zerstörerischer war die Sprache anschließend bei einem Zerwürfnis.

Zeit- und Raum in der Theoriebildung

Raumbezüge – geografische wie sozialräumliche – prägten die Sektion VI, in der die Definition und Abgrenzung von Generation im Mittelpunkt stand. Biografien- und Historische Forschung verband *Ulrike Lahn* (Bremen), die zwölf Frauen der Frauenbewegung mit dem Ziel interviewte, die Bewegungsbiografie zu analysieren. Anhand des Einflusses von Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen stellte Lahn einen Unterschied zwischen den um 1940 und den später geborenen Jahrgängen fest. In ihrem Theorien- und Methodenmix verband sie Bourdieus Habitus-Theorie mit strukturanalytischen Ansätzen.

Die Prägung durch entscheidende Erfahrungen als Generationenmerkmal vertrat auch *Anneke Ribberink* (Amsterdam), die die so genannte „schweigende Generation“ und die zweite Welle der Frauenbewegung in den Niederlanden untersuchte.

Wenn das Ziel der Konferenz ein Brückenschlag zwischen der sozialwissenschaftlichen und der historischen Bewegungsforschung im Sinne eines nivellierenden Zusammenschlusses gewesen sein soll, dann wird man zugeben müssen: dieses Ziel wurde nicht erreicht. Bestehende Differenzen zwischen den Fachgebieten wurden in Bochum keinesfalls negiert. Ganz im Gegenteil, eher wurden sie sogar deutlich herausgearbeitet. Um in der Sprache der Brückenbauer zu bleiben: Die jeweiligen Brückenköpfe beider Fachrichtungen wurden gefestigt, aber gerade dadurch konnte die Stützweite zwischen den Fachrichtungen deutlich ver-

ringert werden. Die Konferenz trug dazu bei, dass Historiker und Sozialwissenschaftler in Sichtweite zueinander arbeiten.

Dies wurde in der Abschlussdiskussion wie auch in den vorhergehenden Debatten der einzelnen Sektionen über den Nutzen sozialwissenschaftlicher Ansätze für die Geschichtswissenschaft deutlich. Einigkeit herrschte einerseits darüber, dass eine theoretische Herangehensweise für die immer öfter eingenommene vergleichende Perspektive in der Geschichtswissenschaft unerlässlich sei. Gleichzeitig kristallisierte sich der Konsens heraus, dass die Chancen dieser Ansätze für die Geschichtswissenschaft nicht von den Problemen der Ansätze zu trennen seien. Einzelne Theorien seien unzureichend für die Geschichtswissenschaft, betonte so zum Beispiel *Till Kössler*, der sich für seinen Beitrag als „Konsument im Geschäft der sozialwissenschaftlichen Ansätze“ gefühlt hatte. *Thomas Welskopp* (Bielefeld) unterschied zwischen den Disziplinen: Die Soziologie neige dazu, sich an einer Art Theoriebildung zu orientieren, die sich an den Naturwissenschaften anlehne. Man versuche, Theorien schlank zu machen und einzelne, möglichst griffige Theorien zu isolieren. Historiker hätten andere Bedürfnisse an Theorien. Sie müssten nicht knapp und elegant sein, sondern sie müssten ermöglichen, mit Resten von Quellen zu arbeiten. Die Ansätze müssten rhetorische und narrative Mittel in die Hand geben. *Sven Reichhardt* (Konstanz) ergänzte, dass Historiker stärker an Zusammenhangserkenntnissen interessiert seien als Soziologen. Aus sozialwissenschaftlicher Warte übernahm Dieter Rucht die Gegenrede zu Welskopp: Es gebe viel mehr Schnittmengen zwischen den Disziplinen. Man könne sich nicht der Realität nähern, wenn man sich nur einen Fall anschau. Dabei bediene man sich in Sprache eingebettete frühere Konstruktionen, in soweit sind Suchprozesse rudimentär in Theorien eingebettet. Dies nicht zu reflektieren, wäre naiv.

Diese Notwendigkeit zur Reflexion wurde von den Historikern dabei durchaus anerkannt. Theorien seien dringend notwendig, um Distanz zum Forschungsobjekt zu bewahren. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, dass Historiker sich in ihrer Selbstsicht im Theoriegebrauch stärker von den Sozialwissenschaftlern distanzieren. So räumte Christian Jansen zwar ein, dass Theorien mit ihrer Nüchternheit und Stränge notwendig seien. Sie seien „Gegengift“ gegen ein zu hohes Maß an Identifikation. Doch für einen Historiker sei es wichtiger, Ansätze mit Quellen bestätigen oder widerlegen zu können. Auch *Klaus Tenfelde* (Bochum) mahnte zur Vorsicht, wenn durch Quellenprobleme Lücken existierten. Als konkretes Beispiel hierzu nannte Helke Stadtland die unterschiedliche Überlieferung von Strömungen innerhalb einer Bewegung. Würde der feste Kern der Bewegung Briefe oder Memoiren hinterlassen, fallen diese Quellen bei nicht so fest in die Bewegung eingebundenen Kreisen weg. Doch gerade diese Kreise seien besonders wichtig, um Veränderungen, den Erfolg aber auch das Scheitern sozialer Bewegung eruieren zu können. Ergänzend dazu fragte *Paul Nolte* (Berlin), ob es nicht sinnvoller wäre, über historische Konstellationen nachzudenken und dann erst zu schauen, welches Theorieangebot zu der historische Frage passt?

Unterschiedliche Einflussfaktoren und narrative Erfordernisse machten es unmöglich, sich zu stark in ein „Theoriekorsett“ zu zwängen, so folglich der Tenor der Debatten. Nicht die Ansätze stünden im Vordergrund, sondern die Arbeit mit den Quellen. Auf der Tagung setzte sich folglich keiner der Ansätze als optimales Instrument durch. Aus geschichtswissen-

schaftlicher Sicht, so ein Ergebnis, sei ein Methodenmix nicht zu umgehen, ja er sei sogar notwendig.

Da die Erscheinungsformen sozialer Bewegungen sich nicht nur in ihrer jeweiligen Epoche unterschieden, sondern auch im Wandel der Zeit verschieden waren, stellte sich die Frage nach einer praktikablen Definition von sozialen Bewegungen. Die abstrakten Definitionen der Sozialwissenschaften blieben dabei unangetastet, historische Definitionsversuche stießen immer wieder an die Grenzen ihrer Erklärungskraft.

Die Debatte kreiste immer wieder um das Kriterium der Dauer der Bewegung. Die Dauerhaftigkeit sei zwischen der eines Protestes und der einer Partei anzusiedeln, so Sven Reichardt ganz auf der Linie mit sozialwissenschaftlichen Definitionen, die Dieter Rucht dann selbst ergänzte und die qualitativen Merkmale im Gegensatz zu quantitativen betonte. Man müsse vom Phänomen ausgehen, nicht von der Wirkung der Bewegung. Auf die Qualität zielten auch Überlegungen, die Stoßrichtung der Bewegungen mit in die Definitionsdebatte einzubeziehen. Die Gesellschaft sei der Bezugspunkt der Bewegungen, so Rucht. Anja Kruke erklärte, dass sich Bewegungen vom Rand zur Mitte der Gesellschaft bewegten, wo sie dann scheitern oder sich bei Erfolg selbst überflüssig machen würden. Frank Bösch betonte, dass soziale Bewegungen sich nicht nur auf Politik bezögen, sondern auf die Öffentlichkeit, um eine öffentliche Norm zu verändern. Dass Öffentlichkeit kontrovers sei, mahnte Jürgen Mittag an. Medien, Kommunikation und Öffentlichkeit müssten differenziert werden. Doch wie untersucht man Kommunikation und Öffentlichkeit, wenn man Medien seperiert? Wie bemisst man den Erfolg einer einzelnen Bewegung, wenn ihr Ziel in der Mitte einer Gesellschaft angekommen ist? Wie weißt man ihre öffentliche Bedeutung empirisch nach? Wie erforscht man den fluiden Bestandteil der Bewegung, wenn nur der harte Kern schriftliche Quellen hinterlassen hat? Das Quellenproblem verhinderte in der Debatte, dass eine auch für Historiker über Zeiten und Räume übergreifende Definition von sozialer Bewegung gefunden werden konnte.

Die auch in der aktuellen sozialwissenschaftlichen Literatur³ gebräuchliche Unterscheidung zwischen alten und neuen sozialen Bewegungen wurde in den Debatten problematisiert und diskutiert, nicht jedoch verworfen. So sprach sich Klaus Tenfelde (Bochum) dafür aus, die Unterscheidung aufrecht zu erhalten: Alte Bewegungen seien nur ein Übergangsformat im kontinentaleuropäischen Raum gewesen, als es darum ging, gegen den Staat Rechte wie das Koalitions- oder Demonstrationsrecht einzufordern. Im Gegensatz dazu würden neue soziale Bewegungen in pluralistischen Gesellschaften agieren. Dass dieser Definitionsversuch wieder neue Probleme aufwerfe, demonstrierte Helke Stadtland (Bochum) mit dem Beispiel der zeitgleichen Umweltbewegungen in der Bundesrepublik und in der DDR.

Einigkeit herrschte darüber, dass die Geschichtswertung von Bewegung die Bewegungsforschung fundamental beeinflusse. Zeitliche Differenz des Forschers zu seinem Objekt würde auch die inhaltliche wie biografische Nähe abmildern – eine Kritik an eine oft als

3 Vgl. Leonie Wagner (Hg.): *Soziale Arbeit und Soziale Bewegungen*, Wiesbaden 2009; Ilse Lenz: *Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied. Eine Quellensammlung*, Wiesbaden 2008.

distanzlos empfundene sozialwissenschaftliche Bewegungsforschung. Anknüpfend an die Debatte um eine Beibehaltung der Unterscheidung zwischen alten und neuen sozialen Bewegungen wollten einige Debattenteilnehmer den aktuellen Trend zur Erforschung der neuen sozialen Bewegungen nicht mit deren „neuen“ Qualitäten begründen, sondern schlicht mit zeitbedingten Trends in der Geschichtswissenschaft, die sich nun einfach mehr mit der Nachkriegszeit auseinander setzen würde. Mit zeitlichem Abstand würden soziale Bewegungen in größere Zusammenhänge eingeordnet.